

schwere Bedenken aufnehmen. Von dem Herrn Abg. Matthes und verschiedenen anderen Seiten ist bereits darauf hingewiesen worden, und zwar mit sehr drastischen Farben hingewiesen worden, welche schweren Opfer nach den verschiedensten Richtungen hin die Großindustrie gegenwärtig bereits zu bringen hat. Es ist unverkennbar, daß namentlich die neu eingeführte Ergänzungssteuer, es ist unverkennbar, daß auch der Zuschlag, der auf die Einkommensteuer gelegt worden ist, in allererster Linie die Großindustrie trifft und von ihr zu tragen ist.

(Sehr richtig!)

Daran ist nicht im mindesten zu zweifeln. Wenn man aber hinzunimmt, daß unsere Industrie außerdem auch unter der schweren Rüstung seufzt, die ihr die neue Sozialgesetzgebung in bezug auf Arbeiterversicherung und Schutzvorrichtungen auferlegt hat, und sonst die gesamte Lage, in der sie sich befindet, überblickt, meine Herren, dann kann man nicht im Zweifel darüber sein, daß die Opfer, die ihr durch diese Vorlage in bezug auf die Gewerbesteuer angezogen werden, allerdings zu weitgehende, daß sie solche sind, die abzulehnen auch wir uns durchaus genötigt sehen. Wir sind einmütig darin, daß diese Vorlage, wenn sie in irgendwelcher Gestalt wieder an uns herantritt, jedenfalls nach dieser Richtung hin weitgehenden Änderungen würde unterzogen werden müssen.

Was ferner, meine Herren, den Bezirksausgleich anlangt, so ist es auch hier wieder jedenfalls ein ganz gesunder Gedanke, daß man bestrebt ist, nach verschiedenen Richtungen hin in bezug auf die Verteilung der Lasten einen gerechteren Zustand herbeizuführen. Es ist bereits wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der Zustand, der gegenwärtig in bezug auf die Verteilung der Schullasten besteht, ein stellenweise geradezu unerträglich ist, und es ist ebenso unverkennbar, daß die Art, wie gegenwärtig die Wegebaulasten verteilt sind, eine Änderung in mehr oder minder naher Zukunft schlechterdings erheischt. Daß man diese Änderungen auf dem Wege der Ausbildung der Bezirksaufgaben sucht und zu finden glaubt, halte ich für einen durchaus glücklichen Gedanken. Auf der anderen Seite freilich kann ich nicht zugeben, daß dieser Weg, durchgeführt einmal durch die Überweisung eines gewissen Teils der Gewerbesteuer und eines Teils der Sparkassenüberschüsse, gangbar sein würde. Daß er es nicht ist in bezug auf die Verteilung eines Teiles der Gewerbesteuer, ist einfach die Konsequenz der Auffassung, die alle Parteien dieses Hauses gegenüber der hier vorgeschlagenen Gewerbesteuer einnehmen. Aber auch die Maßnahme, die man in bezug auf die Über-

weisung eines Teiles der Sparkassenüberschüsse ins Auge gefaßt hat, ist wenigstens für mich und einen großen Teil meiner Fraktionsgenossen von vornherein unannehmbar. Auch ich für meine Person muß zugeben, daß, so ansprechend mir dieser Gedanke für den ersten Augenblick erschien, seine Durchführung doch nicht möglich wäre, ohne sich damit ausgesprochener Härten schuldig zu machen. Worin diese Härten liegen, ist von verschiedenen Seiten meines Erachtens mit Erfolg schon begründet worden. Einen Umstand aber möchte ich dabei doch nicht unerwähnt lassen, das ist folgender. Die Verwaltung der Sparkassengelder ist ja zweifellos mit einer gewissen Verantwortung verbunden. Man hat dem gegenüber zwar eingewendet, daß die Fälle, wo diese Verantwortung praktisch wird, eigentlich so gut wie nie vorkommen und daß man mit Rücksicht hierauf auf diese Verantwortung im gegenwärtigen Falle nicht hinweisen könne. Ich gebe Ihnen hierbei vollkommen recht, solange wir uns in friedlichen Zeiten befinden; aber wenn Sie den Fall annehmen, daß einmal unser Land mit Krieg überzogen würde — was Gott verhüten wolle! —, wenn wir etwa eine Invasion erlebten, dann würde die Verantwortung der Gemeinden nicht nur in hervorragender Weise hervortreten, sondern eine solche sein, die sie unter Umständen in tiefes Unglück stürzen kann. Das ist für mich ein Gesichtspunkt weiter, der es mir bedenklich erscheinen lassen würde, wenn man diese Überschüsse, die doch das Entgelt für die Verwaltung der Städte darstellen und die für Zeiten der gedachten Art einmal eine Rücklage bilden sollen, für den Bezirk einzöge. Ich würde dafür sein, daß man jenen Gedanken des Bezirksausgleichs zwar weiter verfolgt, aber die Lasten, die sich bei der weiteren Verfolgung dieses Gedankens nötig machen, auf dem Wege gleicher Umlage zu erzielen sucht.

Meine Herren! Auf die übrigen Punkte der Vorlage einzugehen, habe ich meinstenfalls weder die Absicht, noch Veranlassung. Es hat sich ja die sehr erfreuliche Erscheinung bei unseren Verhandlungen herausgestellt, daß wir bei der wichtigen und schwierigen Frage, die uns gegenwärtig beschäftigt, im großen und ganzen vollkommen einig sind. Wir sind alle darin einig, daß die gegenwärtige Vorlage und namentlich die ihr beigefügte Denkschrift ein außerordentlich reiches, ja in manchen Beziehungen geradezu einzig dastehendes Material enthält. Wir sind weiter darin einig, daß auch der Gesetzentwurf selbst an sich diktiert ist von den besten Absichten. Aber ebenso sind wir auch in dem Punkte einverstanden, daß dieser Gesetzentwurf bei einer ganz großen Reihe von Einzelheiten nur dann annehmbar